

Feministische Ökonomie in Österreich

*Judith Derndorfer, Tamara Premrov,
Jana Schultheiß, Daniel Witzani-Haim**

ZUSAMMENFASSUNG

Die Mainstream-Ökonomie schien in den vergangenen Jahren mehrfach „angezählt“. Weder sah sie die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 kommen, noch konnte sie in den aktuellen Vielfachkrisen adäquate wirtschafts- und gesellschaftspolitische Lösungen anbieten. Die Feministische Ökonomie hingegen zeichnet sich besonders dadurch aus, die unterschiedlichen Lebensrealitäten aller Menschen zu analysieren und Vorschläge für eine stärker wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik zu unterbreiten. Dennoch hatte sie in der Vergangenheit weder an Universitäten noch in der Politikberatung durchschlagenden Erfolg. In diesem Editorial wollen wir nach einer kurzen Definition von Feministischer Ökonomie erläutern, warum die Wirtschaftswissenschaft nach wie vor eine frauenfeindliche Disziplin ist, wohin sich die Feministische Ökonomie in Österreich entwickelt und wie eine feministische Perspektive auf Wirtschaftspolitik gelingen kann.

SCHLÜSSELBEGRIFFE

Feministische Ökonomie, wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik, Sorgearbeit, Österreich

DOI

10.59288/wug493.219

Was ist Feministische Ökonomie?

Die zentralen Themen der Feministischen Ökonomie haben sich über den Zeitverlauf kaum verändert: Schon die sogenannte erste Frauenbewegung und zahlreiche sozialistische Denker:innen zur Jahrhundertwende vom 19. auf das 20. Jahrhundert stellten die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen und davon abgeleitet Fragen der Frauenarbeit, ihrer Entlohnung

* Editorials in „Wirtschaft und Gesellschaft“ spiegeln die Debatte und Positionierung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen wider. Als Autor:innen sind die Verfasser:innen des Entwurfs des Editorials genannt.

sowie die Bedeutung der Zuständigkeiten in der privaten Sphäre ins Zentrum der Debatte (so z. B. Leichter, Zetkin, Bebel, Engels, Luxemburg). Zu Beginn stärker politisch geprägt, begann sich die Feministische Ökonomie als theoretische Kritik an den Wirtschaftswissenschaften in den 1970er-Jahren im Rahmen der zweiten Frauenbewegung zu etablieren, jedoch dauerte es – mit Höhen und Tiefen –, bis sie sich in den frühen 1990er-Jahren als eigenes Forschungsgebiet herausbildete. Zur etwa gleichen Zeit begann sich auch der Mainstream mit sogenannter Haushaltsproduktion zu beschäftigen. Im Rahmen der Gender Economics wurde Geschlecht nun zwar mitbedacht (z. B. von Autor:innen wie Gary Becker), jedoch unter völliger Ausblendung von Machtverhältnissen und ohne feministischen Veränderungsanspruch. Die Feministische Ökonomie dieser Zeit formulierte hingegen grundlegende Kritik an der herrschenden Wirtschaftswissenschaft, die im Kern bis heute gilt.

So arbeitete Bakker (1994) heraus, dass Wirtschaft grundsätzlich als geschlechtslos bzw. geschlechtsneutral angenommen wird. Sie prägte hierfür den Begriff des „strategischen Schweigens“. Denn ökonomische Theorien sind nicht geschlechtslos oder geschlechtsneutral, vielmehr beruhen sie auf androzentrischen Wert- und Weltvorstellungen: das Verständnis von Wirtschaft – und daraus abgeleitet die theoretischen Modelle (Ferber/Nelson 1993) – sind geprägt von männlichen Interessen und Erfahrungen. Zudem behauptet die Wirtschaftswissenschaft häufig, Wertneutralität durch eine positivistische Herangehensweise zu erreichen, und leugnet damit ihren normativen Charakter. Tatsächlich werden die Lebensrealitäten von Frauen – und auch von queeren Menschen, die zwar anderen, aber ähnlichen Unterdrückungsmechanismen unterworfen sind – häufig ausgeblendet. Das Aufzeigen dieser „blinden Flecken“ oder auch „Geschlechterblindheit“ der Ökonomie ist ein zentrales Anliegen der Feministischen Ökonomie (Mader/Schultheiß 2011; Haidinger/Knittler 2014). Hierbei geht es zentral um Machtfragen, ein wichtiger Bereich ist dabei die unbezahlte und die bezahlte Care-Arbeit, die konzeptionell von der Produktionssphäre abgekoppelt werden.

Zwar gibt es nicht die „eine“ Feministische Ökonomie (Hoppe 2002), wichtig ist jedoch die Erkenntnis, dass es den meisten Feministischen Ökonom:innen nicht um ein reines „Abarbeiten“ an der herrschenden Lehre geht. Vielmehr stehen zunächst Gesellschaftsanalysen und -kritik im Forschungsfokus, aus denen sich dann wiederum oft auch eine Kritik an der ökonomischen Theorie und Lehre ableitet. Die Feministische Ökonomie versteht sich somit als Teil einer umfassenden gesellschaftskritischen Ökonomie (Mader/Schultheiß 2011). Mittlerweile ist die Feministische Ökonomie thematisch breit aufgestellt: Die Forschungsfelder reichen vom Arbeitsmarkt über Handels- und Außenwirtschaft (siehe z. B. Van Staveren et al. 2007), Geldtheorie und Finanzwissenschaften (siehe z. B. Young et al. 2011), ökologischer Ökonomie (z. B. Perkins 1997; Bauhardt/Harcourt 2018) bis zur Geschichte des ökonomischen Denkens (z. B. Rostek 2021). Feministische Ökonom:innen sind in den unterschiedlichen ökonomischen Schulen zu finden und kommen zudem aus verschiedenen feministischen Hintergründen (Stichwort: marxistischer, schwarzer oder liberaler Feminismus).

Da eine einheitliche Definition von Feministischer Ökonomie vor diesem Hintergrund schwierig ist, erscheint es zielführender, gemeinsame Anliegen feministischer Ökonom:innen zu

definieren. Power (2004) hat in ihrem Ansatz zu „social provisioning“ fünf zentrale Aspekte festgehalten: (1) bezahlte und unbezahlte Care- und Hausarbeit müssen grundlegend in jede ökonomische Analyse einbezogen werden, (2) der zentrale Maßstab wirtschaftlichen Erfolgs muss das Wohlergehen („well-being“) der Menschen sein, (3) Machtfragen müssen zentral in ökonomische Analysen einfließen, (4) ethische Urteile sind explizit wünschenswert, (5) Frauen sind keine homogene Kategorie, Klassenzugehörigkeit und andere Diskriminierungsfaktoren müssen in die Forschung einbezogen werden. V. a. beim letzten Punkt geht es Power also um eine intersektionale Perspektive und darum, dass die eigene, im globalen Kontext sehr unterschiedliche Lebenserfahrung („standpoint“) von großer Relevanz für die Ausrichtung und Werturteile der Forschung ist.

Die Wirtschaftswissenschaft als Teil des Problems

Wie kaum in einer anderen Wissenschaft haben sich insbesondere in der Wirtschaftswissenschaft patriarchale Strukturen gehalten. Diskriminierung, geringe Aufstiegschancen und sexuelle Übergriffe sind wohlbekannte Probleme für Ökonominen. Die Machtstrukturen in der Wissenschaft sind daher meist nachteilig für Frauen. Sie werden in der Wirtschaftswissenschaft aktiv und passiv am Aufsteigen gehindert, was unter dem Phänomen der „leaky pipeline“ bekannt ist. Von den Frauen, die in der Disziplin beginnen, werden viele am Weiterkommen gehindert und „fallen raus“. Anders formuliert: Je höher die akademische Position, desto geringer der Frauenanteil. In den 20 höchstgerankten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten US-amerikanischer Topuniversitäten liegt der Frauenanteil in allen Positionen bei etwa einem Fünftel. Damit schneidet die Wirtschaftswissenschaft im Vergleich zu anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen am schlechtesten ab (Lundberg/Stearns 2019, 7–8).

Auch in Europa gibt es große Gender-Gaps: An 122 untersuchten europäischen Institutionen liegt der Frauenanteil bei Professuren oder assoziierten Professuren bei 27 %, der Anteil an anderen wissenschaftlichen Positionen bei 38 % (Auriol et al. 2022). In Nationalbanken oder Forschungsinstituten ist der Anteil nicht höher. Aufbauend auf der Studie von Auriol et al. (2022) wurde von Friebel/Fuchs-Schündeln/Weinberger (2021) eine vertiefende Analyse 80 deutscher Universitäten durchgeführt. An diesen sind von 5.268 wissenschaftlich arbeitenden Personen 29 % weiblich, wobei der Anteil unter Doktorand:innen noch bei 37 %, bei Professor:innen jedoch nur mehr bei 15 % liegt. Der Datensatz von Auriol et al. (2022) bietet auch für Österreich Zahlen: Vom gesamten wissenschaftlichen Personal an ökonomisch forschenden Institutionen mit mindestens 50 Wissenschaftler:innen sind 32 % weiblich, der Anteil auf der Professor:innen-Ebene beläuft sich auf nur 26 %. Diese Zahlen inkludieren auch die OeNB (33 % Frauenanteil) und das WIFO (35 % Frauenanteil).

Ein zusätzliches Problem ist, dass es für Frauen in der Wirtschaftswissenschaft weniger wahrscheinlich ist, entfristet zu werden, und der Prozess bis zur Professur auch länger dauert, selbst wenn Unterschiede in der Anzahl von Publikationen oder Betreuungspflichten für Kinder bereits berücksichtigt sind (Ginther/Kahn 2004). Bei Ökonominen wird auch stärker als

bei Ökonomen unterschieden, ob sie einen Artikel allein oder als Koautorin verfassen, was sich ebenfalls nachteilig auf eine Entfristung auswirkt (Sarson et al. 2021).

Lundberg/Stearns (2019, 20) erklären zwei Hauptmechanismen, durch die Frauen in der Wirtschaftswissenschaft am Aufstieg gehindert werden: Erstens publizieren Frauen tendenziell weniger in hochrangigen Journalen, weil sie mehr familiären Betreuungspflichten nachkommen müssen, mehr Zeit im Dienst an der wissenschaftlichen Community (z. B. Gremienarbeit) verbringen als mit direkter Forschung, es unterschiedliche Zugänge zu Netzwerken und Mentor:innen gibt und sie Diskriminierung ausgesetzt sind. Zweitens werden Ökonominnen und ihre Arbeit anders bewertet als Ökonomen. Ihre Arbeit unterliegt häufig höheren Standards, und sie müssen mehr hochqualitative Arbeiten publizieren, um zum gleichen akademischen Erfolg zu kommen. Journalartikel von Ökonominnen sind drei bis sechs Monate länger in Begutachtung als vergleichbare Papiere von Ökonomen, obwohl sie im Schnitt besser geschrieben sind und sich im Reviewprozess stärker verbessern (Hengel 2022).

Doch nicht nur im Verlauf der akademischen Karriere sind Frauen mit großen Barrieren konfrontiert. Bereits beim Einstieg in das wirtschaftswissenschaftliche Studium stehen Studentinnen vor Herausforderungen, die dazu führen, dass bereits weniger Frauen als Männer einen wirtschaftswissenschaftlichen Bachelor abschließen. Gartner/Schneebaum (2023, 596) identifizieren dafür vier Hauptgründe: (1) mangelnde weibliche Vorbilder und Mentorinnen; (2) unzureichende Informationen über den Inhalt des Studiums (z. B. über plurale Ansätze oder die Themenvielfalt) und zukünftige Karriere- sowie Verdienstmöglichkeiten; (3) geringeres Zugehörigkeitsgefühl von Studentinnen im wirtschaftswissenschaftlichen Studium, unter anderem aufgrund der Überzahl an männlichen Kommilitonen und Lehrenden; (4) die Auffassung, dass die gelehrteten Inhalte an den eigenen Lebensrealitäten vorbeigehen bzw. weltfremd sind, was auch am starken Fokus auf Mathematik und abstrakten Modellen liegt.

Gesellschaftliche Ausbeutungs- und Diskriminierungsmechanismen machen vor der Wissenschaft nicht halt. So hat die #MeToo-Bewegung auch in der Ökonomie massive Übergriffe sichtbar gemacht. Insbesondere in Online-Foren wurde frauenfeindliches und sexistisches Verhalten aufgezeigt, z. B. im populären Online-Forum „Economics Job Market Rumors (EJMR)“ (Wu 2020; Ederer/Goldsmith-Pinkham/Jensen 2023). Aber auch offline kommt es in erschreckendem Ausmaß zu Diskriminierung und sexuellen Übergriffen, auf die nun endlich aufmerksam gemacht wird. In einer Umfrage der American Economic Association unter ihren Mitgliedern der vergangenen zehn Jahre berichteten 48 % der 3.000 Umfrage-Teilnehmerinnen, dass sie schon einmal in ihrem Feld aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert oder unfair behandelt wurden (AEA Committee on Equity, Diversity and Professional Conduct 2019, 49). 23 % berichteten, dass ein anderer Ökonom oder Ökonomiestudent trotz eigener Bemühungen, dies zu unterbinden, gegen ihren Willen Versuche unternommen hatte, eine Dating-, Liebes- oder Sexualbeziehung aufzubauen (ebd., 67). Hier liegt es vor allem an Ökonomen, ihr Verhalten und das ihrer Kollegen kritisch zu hinterfragen, zu ändern und bei Übergriffen anderer zu intervenieren.

Ökonominnen forschen nicht automatisch zu feministischen Themen. Dennoch muss klar sein, dass eine akademische Disziplin, die Frauen systematisch entmutigt, demütigt oder diskriminiert, nur schwer in der Breite ein Hort pluraler oder feministisch-ökonomischer Zugänge sein wird. Zudem verschärft die Abwertung von pluralen Zugängen das Problem der „leaky pipeline“, da Frauen in diesen Bereichen nicht ausreichend publizieren und seltener entfristet werden. Dass Frauen dennoch ihren Platz oder Nischen finden, liegt an der Resilienz der jeweiligen Forscherinnen in und außerhalb der Universitäten.

Wie steht es um die Feministische Ökonomie in Österreich?

Eine zunächst zaghafte Etablierung der Feministischen Ökonomie an den österreichischen Universitäten erfolgte in den 1990er-Jahren, die institutionelle Verankerung etwas später – vor allem mit dem mittlerweile wieder aufgelösten Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien rund um Luise Gubitzer und Andrea Grisold, an der Karl-Franzens-Universität Graz um die leider viel zu früh verstorbene Margarete Kreimer und an der Johannes Kepler Universität in Linz um Doris Weichselbaumer. Auch an außeruniversitären Instituten, insbesondere an WIFO, IHS und FORBA wurde die Feministische Ökonomie verankert, und auch die Arbeiterkammer blickt auf eine lange Tradition, begonnen mit Käthe Leichter, zurück. Zusätzlich entstanden Angebote, zum Beispiel über die Katholische Sozialakademie, den Verein „Joan Robinson – Verein zur frauengerechten Verteilung ökonomischen Wissens“ im Rahmen des Netzwerks „Women in Development (WIDE)“ sowie den Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) (siehe ausführlicher zur Geschichte der Feministischen Ökonomie in Österreich Michalitsch/Schlager 2006).

Seit über 20 Jahren existiert in Österreich das thematische Netzwerk „FemÖk“, das für die Verankerung und Weiterentwicklung der Feministischen Ökonomie zentral ist. Jedoch kann der Befund von Michalitsch/Schlager (2006) bis heute geteilt werden, wonach die Arbeit stark vom „Engagement Einzelner“ und „vereinzelt Initiativen einer kleinen Gruppe“ abhängt. Sie verweisen auf die „[m]angelnde institutionelle Einbindung“, die die „Kontinuität der Arbeit [erschwert]“, zudem wurde und wird diese oft „als Nebentätigkeit oder Freizeitaktivität geleistet“ (ebd., 61). Errungenschaften dieses Netzwerks sind etwa regelmäßige Workshops zur Vernetzung Feministischer Ökonom:innen in Österreich.

Inhaltlich sind in den vergangenen 20 Jahren wichtige Impulse rund um das Thema Gender-Budgeting hervorzuheben, etwa im Rahmen des vom BEIGEWUM 2003 herausgegebenen Buches „Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive“. Zu diesem Themenbereich organisierten sich Frauen zunächst rund um die „Watch Group. Gender und öffentliche Finanzen“, später im Rahmen der „Femme Fiscale“, die zuletzt im Netzwerk „Mehr für Care!“ bzw. nun „fair sorgen!“ aufgegangen sind. Der Erfolg der Lobbyarbeit gipfelte in der Aufnahme von Gender-Budgeting ins österreichische Bundesverfassungs-Gesetz 2009, wobei die operative Umsetzung in Bundes-, Landes- und Gemeindebudgetprozessen seitdem abso-

lut unzureichend war. Ein weiterer Höhepunkt entwickelte sich um die für die Feministische Ökonomie zentrale Thematik der unbezahlten Arbeit und ihrer geschlechtsspezifischen Verteilung rund um die Veröffentlichung der letzten Zeitverwendungserhebung in Österreich 2008/2009. Und auch die Analyse der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 aus feministischer Perspektive kann als Höhepunkt gewertet werden (siehe hier etwa den BEIGEWUM Kurswechsel 4/2013: „Feministische Beiträge zur Krisenanalyse und -bewältigung“). Nach Erscheinen des Buches „Feministische Ökonomie. Intro – Eine Einführung“ (2014 bzw. mittlerweile in 3. Auflage 2019) von Bettina Haidinger und Käthe Knittler wurde es schließlich ruhiger um die Feministische Ökonomie in Österreich.

Im Frühjahr 2023 fand der 8. Österreichische Workshop feministischer Ökonom:innen statt, organisiert von Forscher:innen der AK Wien, des IHS, der WU Wien, von BEIGEWUM und Fair sorgen!, sowie der JKU Linz und der FH Campus Wien. Der Workshop zeigte, dass die Feministische Ökonomie in Österreich nach wie vor kritisch und vielfältig ist. Da sie an österreichischen Universitäten teils schlechter verankert ist als früher, gewinnt die außeruniversitäre Vernetzung und Arbeit von feministischen Ökonom:innen an Bedeutung. Diese Vernetzung gilt es zu fördern, da Forschungsergebnisse der Feministischen Ökonomie nach wie vor bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verdeutlichen und zu Lösungen gesellschaftlicher Probleme beitragen können. Dies ist etwa mit Blick auf die sozialen Pandemiefolgen, aber auch auf geschlechtsspezifische Aspekte der Klimakrise oder der Teuerung zentral. Auch die demnächst erscheinenden Daten aus der neuen Zeitverwendungserhebung (ZVE) der Statistik Austria zur geschlechterspezifischen Ungleichverteilung von unbezahlter Arbeit und Freizeit (zulasten der Frauen) in österreichischen Haushalten werden der Debatte einen neuen Anstoß geben.

Feministische Perspektiven auf Wirtschaftspolitik

In der Diskussion aktueller wirtschaftspolitischer Herausforderungen wird der Blickwinkel der feministischen Ökonomie allzu oft vergessen. So zeigen viele Erfahrungen aus vergangenen Krisen, dass eine geschlechterblinde Wirtschafts- und Austeritätspolitik die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen zumeist verstärkt (Perugini et al. 2019; Périvier 2018) und auch in der COVID-19-Krise die Schließungen öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen zum Wiederaufleben klassischer Geschlechterrollen beigetragen hat (SORA 2020). Analysen zur Care- und der Klimakrise profitieren von einer feministischen Perspektive, ohne die die Gefahr besteht, dass Ungleichheiten reproduziert, verschärft oder in andere Länder ausgelagert werden. Feministische Perspektiven zielen auf eine wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik für alle, vielen Ansätzen ist zudem eine grundlegende Kritik am kapitalistischen System gemein.

In der aktuellen, wirtschaftlich schwierigen Lage zeigen sich unterschiedliche Betroffenheiten zwischen den Geschlechtern. Frauen (insbesondere alleinerziehende Mütter und Frauen

in Altersarmut) sind aufgrund niedriger Einkommen stärker von den seit Ende des Jahres 2022 bestehenden Preisanstiegen in den Bereichen Lebensmittel und Wohnen betroffen als Männer (IHS 2023). Die Auswirkungen des bevorstehenden Wirtschaftseinbruches und eine möglicherweise bevorstehende, von konservativer Seite geforderte Budgetkonsolidierung dürften zu einer weiteren Zunahme der Geschlechterungleichheit beitragen. Generell ist in der Budgetpolitik eine ambitionierte Umsetzung des in der österreichischen Verfassung verankerten Gender-Budgetings erforderlich, um durch den gezielten Einsatz öffentlicher Ressourcen und Investitionen Gleichstellungspolitik zu fördern (Mader/Achleitner 2023). Denn der Vorbehalt, dass nicht ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, wird in der Regel nur vorgebracht, wenn es um sozialpolitische Anliegen geht – im wirtschaftlichen Bereich bei der Unterstützung von Unternehmen und der Rettung von Banken spielen enge Budgetspielräume zu meist keine Rolle. Auch hier zeigt sich eine ungleiche Behandlung zwischen den eher weiblich und männlich gelesenen Politikbereichen. Die derzeit laufenden Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich sollten genutzt werden, um einen Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Kinderbildung und -betreuung, Gesundheit und Pflege voranzubringen und in diesen Bereichen langfristig zu investieren. Zudem muss weiter an der Verringerung des Gender-Pay-Gaps – und als Konsequenz daraus auch des Gender-Pension-Gaps – gearbeitet werden.

Eine nicht zuletzt durch die Alterung der Gesellschaft größer werdende Baustelle ist die Reorganisation unseres Wirtschaftssystems mit dem Ziel, Wohlstand für alle zu schaffen. Der neue Wohlstandsbericht der AK Wien zeigt auf, in welchen Bereichen dafür radikale Änderungen nötig sind (Premrov et al. 2023). Ein zentraler Aspekt ist dabei die Sorgearbeit. Derzeit basiert das kapitalistische System auf der Ausbeutung von Frauen, die unsichtbar und unbezahlt im privaten Bereich Sorgearbeit verrichten. Aus feministischer Sicht ist es wünschenswert, diese zu vergesellschaften und aus der privaten Sphäre zu lösen. Wichtig dabei ist jedoch, dass der Sozialstaat Sorgearbeit organisiert und dass die Daseinsvorsorge weitgehend dekommodifiziert wird. Denn Kinderbetreuung und Altenpflege können keiner kapitalistischen Logik unterworfen werden, da Profitmaximierung und Zeiteffizienz zwangsläufig zu einer Verschlechterung in der Qualität der Versorgung führen (Haim et al. 2021). Das Scheitern eines solchen Versuchs und die Schattenseite des Engagements von Finanzkapital in Pflegeheimen (Plank et al. 2023) sind nicht zuletzt an der aktuellen Insolvenzelle unter privaten Einrichtungen in Deutschland erkennbar (FAZ 2023).

Damit ein Übergang zu einer Wirtschaft, die Wohlstand für alle bietet, gelingen kann, gilt es die Arbeitsbedingungen im Care-Sektor zu verbessern. So sollte die Bezahlung den Wert der Arbeit angemessen widerspiegeln. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in der Pflege sagen, dass sie mit ihrem Gehalt kaum auskommen (Schönherr/Zandonella 2020). Aber auch andere Faktoren, wie lange Arbeitszeiten, körperliche und psychische Belastung und systemische Benachteiligungen wie die Scheinselbstständigkeit der 24-Stunden-Betreuer:innen oder die unzureichende soziale Absicherung von pflegenden Angehörigen, gilt es zu adressieren. Der Vorschlag, für den Fachkräftemangel in der Pflege Personal aus Drittstaaten anzuwerben, bringt keine echte Lösung, sondern nur eine Verschiebung des Problems. Solche sogenannten

„Global Care Chains“ (Hochschild 2000) gehen auf Kosten von Frauen und deren Angehörigen in den Herkunftsländern, verfestigen Klassenhierarchien unter Frauen und bedeuten eine Weiterreichung der Mehrfachbelastung und eine Fortsetzung der Ausbeutung.

Das kapitalistische System funktioniert nicht nur auf Basis der unter- und unbezahlten Arbeiten von Frauen und marginalisierten Gruppen, sondern auch aufgrund der grenzlosen Ausbeutung von natürlichen Ressourcen. Die Nichtberücksichtigung von sozialen und ökologischen Reproduktionskosten im Kapitalismus führt zu einer „doppelten Erschöpfung“, die in der heutigen Klima- und Care-Krise deutlich wird (siehe u. a. Fraser 2023). Ökofeministische Strömungen beleuchten den Zusammenhang zwischen der Ausbeutung der Natur und der Ausbeutung von Care-Arbeit. Gleichzeitig weisen sie auf den Umstand hin, dass vor allem Frauen und marginalisierte Gruppen im Globalen Süden stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen sind (Oksala 2018; Dengler/Strunk 2018). Um sowohl die Klima- als auch die Care-Krise zu bewältigen, braucht es einen holistischen feministischen, intersektionalen und globalen Blick auf die Ursachen und Zusammenhänge, ansonsten ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass soziale Ungleichheiten verstärkt und weiter reproduziert werden. Als Beispiel kann der European Green Deal (EGD) herangezogen werden. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat den EGD aus intersektionaler und ökofeministischer Perspektive analysiert und gezeigt, dass dieser in weiten Teilen geschlechterblind ist. Der Just Transition Fonds, der Teil des EGD ist, hat zum Ziel, Sektoren und Regionen zu unterstützen, die besonders von der Transformation zur Klimaneutralität betroffen sind. Mit der Zielsetzung werden die Gelder allerdings vor allem an Arbeiter verteilt, während ressourcenärmere Dienstleistungssektoren, in denen Frauen oft für geringen Lohn arbeiten, wie etwa in der Pflege, unberücksichtigt bleiben. Zudem ist die Politik gefordert, dafür Sorge zu tragen, dass auch Frauen von den neuen Arbeitsmöglichkeiten (z. B. im Sektor der erneuerbaren Energie) profitieren und die Segregation auf dem Arbeitsmarkt mit dem damit einhergehenden Lohngefälle nicht weiter voranschreitet (Heffernan et al. 2021).

Fazit

Die Feministische Ökonomie hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie einen relevanten Beitrag zum Verständnis der Funktionsweise des wirtschaftlichen Systems leistet. Seit den Anfängen ist die Feministische Ökonomie eng mit sozialen und feministischen Bewegungen verbunden. Aufzuzeigen, welche Themen in den durch hauptsächlich männliche Wissenschaftler geprägten Wirtschaftswissenschaften systematisch ausgespart werden (z. B. bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit sowie explizite und implizite Machtstrukturen), ist eine große Errungenschaft. Auch in den aktuellen Krisen ist es von großer Bedeutung, die feministisch-ökonomische Brille aufzusetzen, um Ungleichheiten nicht zu verstärken und um zu verhindern, dass Politikmaßnahmen über (unbeabsichtigte) Nebeneffekte Frauen schaden.

An den österreichischen Universitäten sind Frauen im wissenschaftlichen Betrieb noch immer stark unterrepräsentiert. Es ist nicht nur für die Weiterentwicklung der Ökonomie von

großer Bedeutung, dass der Anteil von Frauen und anderen strukturell benachteiligten Gruppen an den Universitäten und in außeruniversitären Institutionen erhöht wird, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes. Dafür braucht es mehr weibliche Vorbilder und Mentorinnen in Ökonomie und Wirtschaftspolitik, eine gerechtere Verteilung der Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen (nicht nur im familiären Bereich, sondern auch an den Universitäten in Hinblick auf die Betreuung von Studierenden und Nachwuchsforscher:innen) und mehr Themen- und Methodenvielfalt im Studium – abseits von abstrakten Modellen. Ökonom:innen beraten Regierungen und haben so einen maßgeblichen Einfluss auf Politikentscheidungen, die uns alle betreffen. Eine Befragung von Wirtschaftswissenschaftler:innen an europäischen Universitäten hat gezeigt, dass Ökonominnen eher einen staatlichen Eingriff in die Wirtschaft und Umweltregulierungen befürworten und besorgter um das Ausmaß der Ungleichheit sind als ihre männlichen Kollegen (May et al. 2018). Es ist daher naheliegend, dass wenn mehr weibliche Wirtschaftswissenschaftlerinnen in der Entscheidungsfindung hinsichtlich Politikmaßnahmen eingebunden wären, dies einen Einfluss auf die Ausgestaltung hätte. Zusätzlich haben in jüngster Zeit Ökonominnen wie Isabella Weber, Esther Duflo, Stephanie Kelton, Mariana Mazzucato, Carlota Perez und Kate Raworth innovative Perspektiven in den ökonomischen Diskurs eingebracht, indem sie das konventionelle Verständnis von ökonomischen Konzepten hinterfragen (Vidal-Fernandez/Yengin/Megalokonomou 2021).

Ein kultureller Wandel ist in der Ökonomie und an den Universitäten notwendig. Nicht nur der Umgang mit Frauen in den Wirtschaftswissenschaften, sondern auch die Themensetzung im Studium muss sich ändern. Generell sollten Studierende verschiedene wissenschaftliche Perspektiven und Methodologien während des Studiums kennenlernen, um später wirtschaftliche Problemlagen nicht mit einem stark reduktionistischen Blickwinkel zu analysieren.

Wie sich zeigt, ist ein feministisch-ökonomischer Blick auch für die Wirtschaftspolitik wichtig. Hier gilt es, vor allem in den Bereichen der Budgetpolitik, der formalen und informellen Care-Arbeit sowie der Klimapolitik anzusetzen. Dafür braucht es nicht nur in außeruniversitären Einrichtungen Forschung, sondern auch dezidierte Professuren für Feministische Ökonomie, mehr Daten in Form von regelmäßiger und in kürzeren Intervallen erscheinenden Zeitverwendungserhebungen, eine Weiterentwicklung des Gender-Budgetings in Verwaltung und Politik sowie eine stärkere Einbindung feministischer Perspektiven in der Wirtschaftspolitik.

LITERATUR

AEA Committee on Equity, Diversity and Professional Conduct (2019). AEA Professional Climate Survey: Final Report. Online verfügbar unter <https://www.aeaweb.org/resources/member-docs/final-climate-survey-results-sept-2019> (abgerufen am 23.09.2023).

Auriol, Emmanuelle/Friebel, Guido/Weinberger, Alisa/Wilhelm, Sascha (2022). Underrepresentation of women in the economics profession more pronounced in the United States compared to heterogeneous Europe. *PNAS* 2022 Vol. 119 No. 16. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1073/pnas.2118853119> (abgerufen am 23.09.2023).

Bakker, Isabella (Hg.) (1994). *The Strategic Silence.* Gender and Economic Policy, London.

Bauhardt, Christine/Harcourt, Wendy (Hg.) (2018). *Feminist Political Ecology and the Economics of Care: In Search of Economic Alternatives.* New York, Routledge.

BEIGEWUM (2003). *Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive.* Wien, Mandelbaum.

BEIGEWUM (2013). *Feministische Beiträge zur Krisenanalyse und -überwindung.* Kurswechsel 4/2013. Wien, Sonderzahl Verlag.

Dengler, Corinna/Strunk, Birte (2018). *The Monetized Economy Versus Care and the Environment: Degrowth Perspectives on Reconciling an Antagonism.* *Feminist Economics* 24 (3), 160–183.

Ederer, Florian/Goldsmith-Pinkham, Paul/Jensen, Kyle (2023). *Anonymity and Identity Online.* Online verfügbar unter https://paulgp.github.io/lectures/EJMR_NBER_Slides.pdf (abgerufen am 23.09.2023).

FAZ (2023). *Pflege in Not. Insolvenzen von Pflegeheimen.* Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/pflege-in-not-warum-es-bei-altenheimen-eine-pleitewelle-gibt-18721366.html> (abgerufen am 16.08.2023).

Ferber, Marianne/ Nelson, Julie (1993). *Beyond Economic Man.* *Feminist Theory and Economics.* Chicago, University of Chicago Press.

Fraser, Nancy (2023). *Der Allesfresser: Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt.* Berlin, Suhrkamp Verlag.

Friebel, Guido/Fuchs-Schündeln, Nicola/Weinberger, Alisa (2021). *Statusbericht zum Frauenanteil in der Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten. Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 22 (2), 142–155. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1515/pwp-2021-0005> (abgerufen am 23.09.2023).

Gartner, Hannah Lina/Schneebaum, Alyssa (2023). *An Analysis of Women's Underrepresentation in Undergraduate Economics.* *Review of Political Economy* 35 (3), 593–613. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1080/09538259.2023.2183672> (abgerufen am 23.09.2023).

Ginther, Donna K./Kahn, Shulamit (2004). *Women in Economics: Moving Up or Falling Off the Academic Career Ladder?* *Journal of Economic Perspectives* 18 (3), 193–214. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1257/0895330042162386> (abgerufen am 23.09.2023).

Haidinger, Bettina/Knittler, Käthe (2014). *Feministische Ökonomie.* Wien, Mandelbaum.

Haim, Daniel/Mader, Katharina/Schultheiß, Jana (2021). *Beklatschte Systemrelevanz. Eine feministische Perspektive auf die kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge.* *Kurswechsel – Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* 2021 (4), 7–17.

Heffernan, Rosa/Heidegger, Patrizia/Köhler, Gabriele/Stock, Anke/Wiese, Katy (2021). *Ein feministischer European Green Deal: Für einen ökologischen und geschlechtergerechten Übergang.* Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Hengel, Erin (2022). *Publishing While Female. Are Women Held to Higher Standards? Evidence from Peer Review.* *The Economic Journal*, Volume 132, Issue 648, November 2022, 2951–2991. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1093/ej/ueac032> (abgerufen am 23.09.2023).

Hochschild, Arlie R. (2000). *Global Care Chains and Emotional Surplus Value.* In: W. Hutton/A. Giddens (Hg.). *On The Edge: Living with Global Capitalism.* London, Jonathan Cape.

Hoppe, Hella (2002). *Feministische Ökonomik. Gender in Wirtschaftstheorien und ihren Methoden.* Berlin, Edition sigma.

IHS (2023). *IHS Preismonitor.* Online verfügbar unter <https://inflation.ihs.ac.at/> (abgerufen am 16.08.2023).

Krawczyk Michał/Smyk, Magdalena (2016). *Author's gender affects rating of academic articles: Evidence from an incentivized, deception-free laboratory experiment.* *European Economic Review*, Vol. 90, 326–335. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1016/j.eurocorev.2016.02.017> (abgerufen am 23.09.2023).

Lundberg, Shelly/Stearns, Jenna (2019). *Women in Economics: Stalled Progress.* *Journal of Economic Perspectives* 33 (1), 3–22. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1257/jep.33.1.3> (abgerufen am 23.09.2023).

Mader, Katharina/Achleitner, Sophie (2023). *Feministische Finanzpolitik – auch in Krisenzeiten ein blinder Fleck.* Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Mader, Katharina/Derndorfer, Judith/Disslbacher Judith/Lechinger, Vanessa/Six, Eva (2020).** Der Lockdown und die Unvereinbarkeit von Home Office und Kinderbetreuung. Forschungsbericht im Auftrag der AK Wien. Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Mader, Katharina/Schultheiß, Jana (2011).** Feministische Ökonomie – Antworten auf die herrschenden Wirtschaftswissenschaften? PROKLA, Heft 164, 41. Jg., Nr. 3, 405–421.
- May, Ann Mari/McGarvey, Mary G./Kucera, David (2018).** Gender and European economic policy: A survey of the views of European economists on contemporary economic policy. *Kyklos* 71 (1), 162–183.
- Michalitsch, Gabriele/Schlager, Christa (2006).** Feministische Ökonomie in Österreich. Eine Landvermessung verzögerten Widerspruchs, *Kurswechsel* 4/2006, 55–65.
- Oksala, Johanna (2018).** Feminism, capitalism, and ecology. *Hypatia* 33 (2), 216–234.
- Périvier, Hélène (2018).** Recession, austerity and gender: A comparison of eight European labour markets. *International Labour Review* 157 (1), 1–37.
- Perkins, Ellie (Hg.) (1997).** Women, Ecology and Economics. Special Issue of *Ecological Economics*, Vol. 20, 105–185.
- Perugini, Cristiano/Žarković Rakić, Jelena/Vladisavljević, Marko (2019).** Austerity and gender inequalities in Europe in times of crisis. *Cambridge Journal of Economics* 43 (3), 733–767.
- Plank, Leonard/Volmary, Hans/Krenn, Manfred/Blaas, Wolfgang (2023).** Das Geschäft mit Wohnen, Gesundheit und Pflege. Wie shareholder-orientierte transnationale Investoren in die kritische soziale Infrastruktur drängen. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akwg:g-6476422> (abgerufen am 23.09.2023).
- Power, Marilyn (2004).** Social Provisioning as a Starting Point for Feminist Economics. *Feminist Economics* 10 (3), 3–19.
- Premrov, Tamara/Schöggel, Astrid/Schultheiß, Jana/Soukup, Nikolai (2023).** AK-Wohlstandsbericht 2023. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2019–2024. Online verfügbar unter: <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16958585/1/> (abgerufen am 4.10.2023)
- Rostek, Joanna (Hg.) (2021).** Women's Economic Thought in the Romantic Age: Towards a Transdisciplinary Herstory of Economic Thought. New York, Routledge.
- Sarson, Heather/Gërxxhani, Klarita/Reuben, Ernesto/Schram, Arthur (2021).** Gender Differences in Recognition for Group Work. *Journal of Political Economy*, Volume 129, Number 1, 101–147. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1086/711401> (abgerufen am 23.09.2023).
- Schönherr, Daniel/Zandonella, Martina (2020).** Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich. Online verfügbar unter https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitsundsoziales/arbeitsmarkt/AK_Studie_Arbeitsbedingungen_in_systemrelevanten_Berufen.pdf (abgerufen am 23.09.2023).
- SORA (2020).** Zur Situation von Eltern während der Coronapandemie. Online verfügbar unter: https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2020_20133_Momentum_Elternbefragung_Corona_Endbericht.pdf (abgerufen am 16.08.2023).
- Van Staveren, Irene/Elson, Diane/Grown, Caren/ Çazæata, Nilüfer (Hg.) (2007).** The Feminist Economics of Trade. London, Routledge.
- Vidal-Fernandez, Marian/Yengin, Duygu/Megalokonomou, Rigissa (2021).** Why having more women/diverse economists benefits us all. VOXEU COLUMN, 11. November 2021. Online verfügbar unter <https://cepr.org/voxeu/columns/why-having-more-womendiverse-economists-benefits-us-all> (abgerufen am 28.08.2023).
- Wu, Alice H. (2020).** Gender Bias Among Professionals: An Identity-based Interpretation. *Review of Economics and Statistics* 102 (5), 867–880.
- Young, Brigitte/Bakker, Isabella/Elson, Diane (Hg.) (2011).** Questioning Financial Governance from a Feminist Perspective. London, Routledge.